

o.714.12 - STB/ry

UNO-BEITRITT DER SCHWEIZ

STRENG VERTRAULICH

## P r o t o k o l l

der Sitzung vom 23./24. August 1978 in Bern,  
 Bundeshaus-West, Konferenzzimmer 240

---

Vorsitz: Bundesrat Pierre Aubert,  
 Chef des Eidgenössischen Politischen Departementes

Teilnehmer: Herr Botschafter S. Marcuard  
 Herr Botschafter O. Exchaquet  
 Herr Botschafter A. Weitnauer  
 Herr Botschafter R.L. Bindschedler  
 Herr Botschafter E. Diez  
 Herr Botschafter M. Heimo  
 Herr Botschafter J. Martin  
 Herr Botschafter J. Iselin  
 Herr Botschafter A. Hegner  
 Frau Botschafter F. Pometta  
 Herr Botschafter J. Cuendet  
 Herr Botschafter E. Brunner  
 Herr Minister J. Zwahlen  
 Herr B. de Riedmatten  
 Frl. M. von Grünigen  
 Herr H. Renk  
 Herr F. Nordmann  
 Herr B. Stettler  
 Herr J. Clerc

Entschuldigt: Herr Botschafter J. Iselin (Ferien)

Protokoll: Herr B. Stettler

Traktanden: gemäss Notiz an den Departementschef vom 21.8.1978  
 (Sitzungsunterlagen der Politischen Abteilung III),  
 Abänderung: vor Punkt 1 Eintretensdebatte

## Eintretensdebatte

1. Programme et calendrier des travaux
2. Proposition au Conseil fédéral
3. Gedanken über die Botschaft des Bundesrates
4. Politique d'information
5. Préparatifs au sein de l'administration fédérale
6. Divers

VerhandlungenSitzung vom 23. August 1978, Beginn 15.00 Uhr

Bundesrat Aubert eröffnet die Sitzung und stellt einleitend fest, dass die heutige Zusammenkunft den Auftakt zu einer Reihe ähnlicher Treffen bildet, an denen alle wesentlichen Aspekte des UNO-Beitritts diskutiert werden sollen, damit anschliessend die erforderlichen Entscheide getroffen werden können. Um die Meinungsbildung nicht durch äussere Einflüsse zu erschweren und die Diskussion in der erforderlichen Offenheit führen zu können, bittet er die Teilnehmer, den Inhalt der heutigen und morgigen Sitzung streng vertraulich zu behandeln.

Auf die Tagesordnung eingehend, dankt der Vorsitzende zuerst Frau Botschafter Pometta für die ausgezeichnete Vorarbeit der Politischen Abteilung III.<sup>1)</sup> Er erwähnt in diesem Zusammenhang auch den

---

1) Sitzungsunterlagen mit Vorschlag für Tagesordnung, Erläuterungen zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung und Anhang 1 - 4 (Kalender der verschiedenen Phasen bis zur Volksabstimmung; Rolle der Behörden vor der Abstimmung bei früheren Volksentscheiden: Völkerbund, FHA, IDA-Kredit; Vorschläge für eine Informationskonzeption des Politischen Departementes; Beschluss des National- bzw. Ständerates über den 3. UNO-Bericht)(Ref. o.714.12 PO/vz).

sehr interessanten und aufschlussreichen Bericht von Herrn Stettler über das Streitgespräch von Ermatingen über den UNO-Beitritt der Schweiz.<sup>2)</sup>

Auf Antrag von Minister Zwahlen wird in die Tagesordnung vor Punkt 1 das Traktandum "Eintretensdebatte" aufgenommen. Dadurch soll eine grundsätzliche Erörterung der UNO-Beitrittsfrage ermöglicht werden. Der Vorsitzende eröffnet anschliessend die Diskussion und erteilt Minister Zwahlen das Wort.

Minister Zwahlen nimmt als Ausgangspunkt für die Diskussion über das Vorgehen für den UNO-Beitritt die Situation, wie sie sich nach der Verabschiedung des 3. UNO-Berichts darbietet und leitet daraus einige Fragen und Feststellungen ab. Diese lassen sich auf folgenden Nenner bringen:

1. Die Schlussfolgerungen des 3. UNO-Berichts scheinen ihm so vage, dass man darin sehen kann, was man will. Ein Antrag an den Bundesrat für den UNO-Beitritt, der im gleichen Stil und in der gleichen Art abgefasst ist, würde das Risiko in sich bergen, dass man grundlegende Fragen übergeht und Missverständnisse provoziert. Gespräche mit hohen Beamten anderer Departemente zeigen nämlich des öfteren, dass diese über die UNO-Frage nur unzureichend im Bilde sind und einem Beitritt mit beträchtlicher Skepsis gegenüber stehen. Es gäbe ein böses Erwachen, wenn man plötzlich feststellen müsste, dass auch der Bundesrat nicht voll hinter der Sache steht.
2. Minister Zwahlen erwähnt, dass die Frage des Beitritts zur Weltbank (IBRD) bzw. zum Währungsfonds (IMF) nicht in den 3. UNO-Bericht aufgenommen wurde. Er fragt sich, ob es klug sei, diesen Schritt zu überspringen und direkt den UNO-Beitritt anzustreben?

---

2) vgl. Notiz an den Departementschef vom 21. August 1978, Ref. o.714.12 - PO/vz, mit Aktennotiz vom 7. Juli 1978 (o.714.111 - STB/ry).



3. Zur Abstimmungsproblematik meint Minister Zwahlen, Voraussetzung eines Meinungswandels zugunsten eines UNO-Beitritts sei, dass sich das Schweizer Volk in Abstimmungsangelegenheiten besser behandelt fühle. Viele Argumente sind für uns einleuchtend, würden aber dem Durchschnittsbürger überhaupt nichts bedeuten. Um den UNO-Beitritt plausibel zu machen, müssten wir wirkliche substantielle Nachteile eines weiteren Abseitsstehens geltend machen können. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Schwierigkeit, die verschärften Massnahmen gegen Rhodesien (Verbot der Dreiecksgeschäfte) verständlich zu machen.
4. Auf den Kalender eingehend, gibt Minister Zwahlen der Variante 2 den Vorzug (Abstimmung 1982), wenn schon ein Datum festgelegt werden soll. Auf diese Weise sollte es auch möglich sein, den Beitritt zum IMF/IBRD noch vorher zu organisieren. Wenn nämlich zuerst der UNO-Beitritt angestrebt werde, so käme für den IMF/IBRD-Beitritt frühestens das Jahr 1985 in Frage. Im Falle eines Neins zum UNO-Beitritt müsste ein solches Vorhaben gar noch weiter vertagt werden.

Bundesrat Aubert dankt Minister Zwahlen für sein Votum, bemerkt aber, dass damit eine sehr technokratische Sicht zum Ausdruck komme. Er stellt Minister Zwahlen die Frage, ob er ihn richtig verstanden habe, wenn er davon ausgehe, dass Minister Zwahlen kein Datum für den UNO-Beitritt festgelegt haben möchte?

Minister Zwahlen macht danach folgenden Vorschlag: als erstes soll der Bundesrat mit dem Problem IMF/IBRD-Beitritt befasst werden. Zum zweiten sollen die Informationsanstrengungen für den UNO-Beitritt weitergeführt werden und als drittes sind die an der IMF/IBRD-Frage interessierten hohen Beamten (Botschafter Jolles und Herr Leutwiler) unter dem Vorsitz von Botschafter Weitnauer zusammenzuberufen, um das weitere Vorgehen abzuklären.

Botschafter Diez begreift die Einwände von Minister Zwahlen. Es gibt noch weitere Störfaktoren (Sozialcharta, Bundesfinanzreform usw.), aber wir können das Leben nicht anhalten und mit dem UNO-Beitritt auf d e n ruhigen Augenblick warten. Das hiesse nämlich nichts anderes, als im bisherigen Stil weiterfahren; damit kämen wir aber nie in die UNO. Botschafter Diez schlägt deshalb folgendes Vorgehen vor: Der Bundesrat soll sich grundsätzlich zum UNO-Beitritt äussern. Ist er für den Beitritt, so muss er sich dezidiert dahinter stellen. Auch wenn der Bundesrat vor der Verabschiedung der Beitrittsbotschaft durch die eidgenössischen Räte keinen Abstimmungstermin festsetzen kann, so benötigen wir trotzdem eine Zeitvorgabe zur Planung des internen Ablaufs. Indem wir eine Option treffen, legen wir quasi den frühest möglichen Zeitpunkt fest. Lassen wir dagegen jeglichen Termin offen, so riskieren wir, dass die Sache nicht mehr ernst genommen wird.

Botschafter Weitnauer bemerkt, dass der UNO-Beitritt heute schon sehr ernst genommen wird. Die Sitzung der nationalrätlichen Kommission für auswärtige Angelegenheiten in Spiez (Herbst 1977) hat dies auf eindrückliche Weise gezeigt. Das Motto war eindeutig: vorwärtsmachen! Und es fehlte nur wenig, dass der Antrag Reiniger, der ein festes Datum nennen wollte, angenommen worden wäre, wogegen der auf Abwarten tendierende Antrag Dürrenmatt deutlich unterlag. Deshalb muss der UNO-Beitritt mit einer gewissen Insistenz weitergeführt werden: zügig und zielbewusst, trotz den Einwänden von Minister Zwahlen.

Botschafter Marcuard ist der Auffassung, dass je länger man zuwartet, desto schwieriger dieser Schritt dem Volk klar gemacht werden kann . Der 3. UNO-Bericht hat eine Wende markiert, besonders was seine Aufnahme und Behandlung in den eidgenössischen Räten anbelangt. Es gilt nun, sich der Unterstützung des Gesamtbundesrates für den Vollbeitritt zur UNO zu versichern. Wenn sich der Bundesrat nicht bis Ende 1978 für eine der vorgeschlagenen Varianten entscheidet, so entsteht bereits ein Rückstand. Wäre es deshalb nicht möglich, dass das



Politische Departement in einem Antrag an den Bundesrat um die Erteilung eines Auftrags zur Ausarbeitung der UNO-Beitrittsbotschaft nachsucht. Dieser Antrag würde Gelegenheit bieten, der Landesregierung noch einmal alle grundsätzlichen Aspekte des UNO-Beitritts in Erinnerung zu rufen. Im weiteren könnte auch angeregt werden, den UNO-Beitritt nach den Wahlen vom nächsten Jahr als eines der wichtigen politischen Ziele in die Regierungsrichtlinien 1979 - 1983 aufzunehmen.

Frau Botschafter Pometta zitiert einen Ausschnitt aus den Schlussfolgerungen des 3. UNO-Berichts, um zu zeigen, dass darin ein klarer Ansatz zur weiteren Entwicklung der Dinge enthalten ist. Es ist deshalb eine Frage der Glaubwürdigkeit des Bundesrates in der Aussenpolitik, ob man nun in der UNO-Frage zielbewusst voranschreitet oder nach neuen Vorwänden sucht, um die Sache weiter vertagen zu können. Das von Minister Zwahlen angeschnittene Problem IMF/IBRD-Beitritt kann nicht in der beschriebenen Weise mit dem UNO-Beitritt in Verbindung gebracht werden. Der eher technische Charakter und der begrenzte Interessenskreis bedingen andere Wege der Lösung als für den UNO-Beitritt.

Botschafter Martin meint, der Hauptgrund, weshalb wir in der UNO-Frage noch nicht weiter sind, bestehe doch ganz einfach darin, dass man bisher Angst vor einem negativen Resultat in der Volksabstimmung gehabt habe. Er bezweifelt, ob die Situation heute grundsätzlich anders ist und regt deshalb an, die Konsequenzen eines Neins eingehend abzuklären.

Botschafter Heimo geht davon aus, dass nach der Kenntnisnahme des 3. UNO-Berichts durch beide Kammern des Parlaments und insbesondere durch die Formulierung des Nationalrats "im nächstmöglichen geeigneten Zeitpunkt" ein politisches Mandat vorliegt. Das bedeutet aber nicht, dass man sich nun durch ein überstürztes Vorgehen den Kopf einrennen muss. In Anspielung auf die Äusserungen von Minister Zwahlen glaubt Botschafter Heimo, dass die Haltung des Volkes gegen-



über der UNO sehr verschieden von der gegenüber der IMF/IBRD-Problematik ist. Es darf nicht vergessen werden, dass der Beitritt zur Weltbank (IBRD) sehr viel kostet. Sollte nun eine Abstimmung darüber negativ verlaufen, so wäre es ausgeschlossen, den Stimmbürgern hinterher eine UNO-Vorlage mit Aussicht auf Erfolg zu präsentieren. Ein vorgezogenes IMF/IBRD-Beitrittsprojekt müsste deshalb sowohl zeitlich wie materiell schwerwiegende Auswirkungen auf beide in den Sitzungsunterlagen vorgeschlagenen UNO-Beitrittsvarianten (1981 bzw. 1982) haben. Aus diesen Erwägungen heraus ist ein grundsätzliches Einverständnis für das weitere Vorgehen sehr wichtig.

Botschafter Brunner weist darauf hin, dass der Widerstand gegen einen IMF/IBRD-Beitritt unverändert aus den gleichen Wirtschafts- und Finanzkreisen kommt. Er sieht deshalb nicht, warum man nach Jahren des Abwartens hier nun plötzlich rasch voran kommen sollte. Es handle sich bei diesen Gruppen ja schliesslich um diejenigen, die ein Hauptinteresse an einem solchen Beitritt haben müssten.

Bezüglich des UNO-Beitritts sollte auch einmal abgeklärt werden, wie bekannt unsere heutige Stellung zur UNO in der Bevölkerung eigentlich ist. Für den Zeitpunkt des UNO-Beitritts gibt Botschafter Brunner der Variante 1 eindeutig den Vorzug, denn dadurch, dass sich die Probleme in den achtziger Jahren auf allen Ebenen eher komplizieren dürften, wirkt sich jede zusätzliche Verzögerung gegen uns aus.

Botschafter Bindschedler stellt fest, dass wir eigentlich bereits Punkt 1 der Tagesordnung behandeln, denn bei einer Eintretensdebatte müsste wenigstens einer dagegen sein, und dies ist bis jetzt nicht der Fall... Beim heutigen Währungschaos sieht er den IMF/IBRD-Beitritt noch in weiterer Ferne als den UNO-Beitritt, deshalb kann dieses Problem beiseite gelassen werden. Die Frage der Sozialcharta ist ein Bestandteil der europäischen Integrationsbestrebungen und sollte aus diesem Grund nicht mit dem UNO-Beitritt vermengt werden. Botschafter Bindschedler sieht einen allfälligen negativen Ausgang der UNO-Abstimmung nicht als derart dramatisches Ereignis, dass man



den Schritt überhaupt nicht wagen sollte: mit Abwarten kommen wir nie in die UNO, und solange unsere Referendumsdemokratie besteht, solange kann das Risiko eines Neins nicht ausgeschaltet werden. Wenn ein Nein zudem nicht zu krass ausfällt, kann die Abstimmung ohne weiteres einige Jahre später wiederholt werden. Trotz diesen Erörterungen über die Folgen eines Neins ist Botschafter Bindschedler nicht pessimistisch. Er plädiert für ein konzentriertes und zielstrebiges Vorgehen und gibt damit der Variante 1 den Vorzug. Es gilt, keine Zeit zu verlieren und eine genaue Ablaufplanung zu erstellen. Die Stimmbürger interessieren sich erst, wenn ein Entscheid fällig ist. Darum sollte eine kurze und konzentrierte Kampagne ins Auge gefasst werden. Er verweist in diesem Zusammenhang auf den Völkerbundsbeitritt von 1920: auch damals gab es grosse Widerstände und der Sprachengegensatz spielte eine nicht zu unterschätzende Rolle. Trotzdem gelang es dem vollzählig im Einsatz stehenden Bundesrat, den Souverän in einer einmaligen Kampagne von wenigen Monaten Dauer zu überzeugen.

Botschafter Hegner meint, dass ein Misserfolg beim ersten Anlauf möglich ist. Wir sollten uns aber trotz schwieriger Ausgangslage mit allen Kräften für einen Erfolg einsetzen. An die Adresse von Minister Zwahlen gerichtet, gibt er zu bedenken, dass die Schweiz keineswegs zuerst allen Spezialorganisationen angehören muss, bevor die Vollmitgliedschaft angestrebt werden kann. Er sieht im übrigen bei der Sozialcharta eine ähnliche Problematik wie beim UNO-Beitritt. Zum Ablauf stellt er sich vor, dass der Bundesrat einen Auftrag zur Ausarbeitung der Botschaft erteilt und damit gleichzeitig seinen Willen zur Unterstützung des Beitrittsvorhabens bekundet. Bezüglich Information tritt Botschafter Hegner für eine verstärkte Aufklärung in Frauenvereinigungen und -zeitschriften, den Gewerkschaften und im Militär ein. Der Abstimmung 1981, d.h. Variante 1, sollte eine kurze intensive Kampagne vorangehen.

Bundesrat Aubert betont, dass nicht die Absicht besteht, heute oder morgen bereits einen Entscheid zu fällen. Das Protokoll dieser Sitzung soll zu weiteren Ueberlegungen anregen. Dies wird uns gestat-



ten, die UNO-Beitrittsfrage anlässlich weiterer Sitzungen zu vertiefen und schliesslich die erforderlichen Entscheide in voller Kenntnis der sich stellenden Probleme zu treffen. Zu diesem Ziel können wir nur durch systematische Arbeit gelangen.

Minister Zwahlen bemerkt, dass er in die Rolle des advocatus diaboli geräte, wenn er weiter auf der Wichtigkeit des Problems IMF/IBRD beharre. Entgegen der Meinung von Botschafter Bindschedler möchte er aber betonen, dass die beiden Institutionen ebenso nützlich sind wie viele der anderen UNO-Spezialorganisationen. Ein IMF-Beitritt würde den Bund zudem nichts kosten, da die Quoten von der Nationalbank aufzubringen wären. Unsere Stellung gegenüber dem Währungsfonds ist unbefriedigend, da wir einerseits als Nichtmitglied über Gebühr zu den IMF-Aktionen beitragen müssen und andererseits die Nationalbank trotzdem nicht in der Lage ist, eine für uns optimale Kooperation mit dem IMF zu garantieren. Der Beitritt zur Weltbank wäre schon schwieriger zu realisieren, da in diesem Falle die Bundeskasse zahlen müsste (ca. 600 Mio Franken). Bei einem längeren Abseitsstehen werden wir allerdings zunehmend negativ betroffen sein, indem wir von den immer wichtiger werdenden internationalen Finanzkonsortien ausgeschlossen bleiben. Zu beachten ist auch, dass im Falle eines Neins zur UNO nachher kaum eine Vorlage für den IMF/IBRD-Beitritt präsentiert werden kann.

Botschafter Heimo zeigt sich von der Intervention Minister Zwahlens beeindruckt. Der Zusammenhang der beiden Probleme ist nicht zu leugnen. Trotzdem ist es aber nicht zwingend, dass ein IMF/IBRD-Beitritt vor dem UNO-Beitritt stattfinden muss.

Frau Botschafter Pometta gesteht zu, dass der 3. UNO-Bericht sich sehr vorsichtig und abwartend zum IMF/IBRD-Beitritt äussert. Der Grund dazu liegt aber in dem Umstand begründet, dass der UNO-Beitritt durch einen politischen Entscheid des Bundesrates Vorrang bekam. Sie möchte jedoch in Erinnerung rufen, dass ein Vorschlag des EPD, den IMF/IBRD-Beitritt in den 3. UNO-Bericht aufzunehmen, von den interes-



sierten Verwaltungsstellen verworfen worden ist.

Botschafter Weitnauer erkundigt sich, bei welchem Traktandum wir eigentlich angelangt sind.

Der Vorsitzende misst der grundsätzlichen Aussprache grosse Bedeutung bei und plädiert deshalb für ein flexibles Vorgehen.

Minister Zwahlen wendet sich gegen die Aussage von Frau Botschafter Pometta: Das IMF/IBRD-Problem ist bisher immer nur auf niederer Ebene behandelt worden und hat aus diesem Grund gegenüber dem UNO-Beitritt den kürzeren gezogen. Ein politischer Entscheid in dieser Frage hätte vielleicht ein anderes Resultat erbracht. Im übrigen insistiert Minister Zwahlen nicht auf dem Vorrang des IMF/IBRD-Beitritts, sondern macht einfach auf mögliche negative Rückwirkungen aufmerksam.

Botschafter Cuendet sieht sich durch die Interventionen von Minister Zwahlen schon etwas herausgefordert: Wie die Sitzungsunterlagen zeigen, sind wir nämlich in der UNO-Frage schon weit fortgeschritten. Von einem entsprechenden Vorbereitungsstand bezüglich IMF/IBRD-Beitritt ist ihm aber nichts bekannt.

Minister Zwahlen gibt diesen Sachverhalt zu, wendet aber ein, dass bei seinem Anliegen drei Departemente und die Nationalbank involviert sind. Zudem gibt es auch in dieser Frage Widerstand von Seiten Otto Fischers und weiterer Politiker, die den Währungsfonds aus der Sicht von 1949 beurteilen.

Botschafter Weitnauer glaubt nicht, dass unsere Position gegenüber IMF/IBRD so schlecht ist. Immerhin hat Herr Leutwiler als Beobachter beim IMF direkten Kontakt mit dieser Szene. Es gilt nun heute eine Option zu treffen, da nicht beide Beitritte gleichzeitig verwirklicht werden können. Botschafter Weitnauer tritt für ein rasches Vorgehen in der UNO-Beitrittsfrage ein und plädiert für Variante 1



(1981). Im übrigen fügt er noch hinzu, dass er ohnehin an der Unterstützung der Wirtschaftskreise für einen IMF/IBRD-Beitritt zweifle..

Botschafter Diez ist überzeugt, dass der Laie keinen Zusammenhang zwischen Währungsfonds/Weltbank und der UNO sieht. Der Einsatz von Minister Zwahlen für den Beitritt zu den beiden Spezialorganisationen ist zwar achtenswert, aber man sollte in der UNO-Beitrittsfrage gerade davon profitieren, dass die beiden Probleme als nicht zusammengehörend betrachtet werden (Verweis auf Votum von Botschafter Bindschedler).

Botschafter Heimo erkundigt sich, ob nicht vom IMF zurückfließende Mittel einfach wieder neu plaziert werden könnten.

Minister Zwahlen antwortet in dem Sinn, dass der Nationalbank diese Möglichkeit nur für kurz- und mittelfristige Kredite zur Verfügung steht, hingegen sei für die langfristige Vergabe die Zustimmung des Finanz- und Zolldepartementes erforderlich.

Botschafter Hegner ist der Meinung, dass wir uns mit dieser IMF/IBRD-Geschichte auf einem Nebengeleise befinden und beantragt, zur Traktandenliste zurückzukehren.

Botschafter Marcuard hat den Eindruck, dass das neuliche Eintreten der Handelsabteilung zugunsten eines IMF/IBRD-Beitritts etwas plötzlich gekommen ist und fragt sich, ob damit allenfalls ein Vorwand für ein Nein gegen die UNO geschaffen werden soll. (Er verweist auf Gespräche mit hohen Vertretern der HA in New York, die den Eindruck eines etwas künstlichen Sinneswandels vermittelten.).

Herr Clerc interpretiert die aktuelle innenpolitische Situation wie folgt: Presse in der UNO-Frage zum Teil negativ; Abstimmungsverhalten des Volkes 1968 - 1974 gut, seitdem negative Welle; gegenwärtig ist die Stimmung ungünstig, wie wird sie 1981 oder 1982 sein? Herr Clerc misst zudem der nationalrätlichen Fassung "im nächstmöglichen

geeigneten Zeitpunkt" bei der Behandlung des 3. UNO-Berichts nicht allzu viel Gewicht bei.

Frau Botschafter Pometta legt wert auf die Feststellung, dass der Bundesrat in der Aussenpolitik eine Führungsaufgabe hat und es deshalb nicht seine Aufgabe sein kann, hinter der Volksmeinung herzu-hinken. Diese unterliegt nämlich - wie vieles andere - einer ständi-gen Wandlung, und bei den Gegnern eines UNO-Beitritts haben wir auch in einem späteren Zeitpunkt mit Widerstand zu rechnen. Es gilt zu be-achten, dass die Haltung von Bundesrat Graber bei der Fertigstellung des 3. UNO-Berichts sehr zögernd war, und er anschliessend von der fast enthusiastischen Stimmung in der nationalrätlichen Kommission in Spiez sehr überrascht wurde. Es ging dort nicht mehr um das Prinzip des UNO-Beitritts, sondern nur noch um die Frage des Kalenders. - So-gar der Präsident der Kommission, Nationalrat Walther Hofer, schloss sich den Befürwortern an und gab seine bisher ablehnende Haltung auf. - Nach der Kenntnismahme des 3. UNO-Berichts durch die beiden Kammern ist das Politische Departement deshalb verpflichtet, dem Bundesrat die Frage des weiteren Vorgehens zu unterbreiten.

Botschafter Cuendet ergänzt das vorhergehende Votum mit dem Hinweis, dass der Antrag Reiniger (Festlegung eines Abstimmungsdatums für 1980) eine grosse Anzahl Stimmen auf sich vereinigt hat.

Bei der Wahl der Varianten für den weiteren Ablauf ist darauf zu achten, dass man diese als Maximalwert versteht. Sollten nicht einkalkulierbare Hindernisse auftauchen, so müsste man darauf flexi-bel reagieren können, d.h. über genügend Spielraum verfügen, ohne das Vorhaben grundsätzlich zu gefährden.

Bundesrat Aubert ist der Meinung, dass wenn Termine erst einmal festgelegt sind, diese nachher nur mit Mühe verschoben werden könn-ten.



Auf das Votum von Herrn Clerc eingehend, bemerkt Herr Renk, dass es d e n idealen Zeitpunkt nie geben wird. Darauf warten, heisst noch Jahrzehnte warten. Er tritt deshalb für Variante 1 ein und warnt davor, ein allfälliges Nein als Landesunglück zu interpretieren.

Für das weitere Vorgehen ergibt sich der Ablauf aus den Randmarken NR-Wahlen 1979 und 1983 von selbst. Soll der UNO-Beitritt in nächster Zeit wirklich und ernsthaft in Angriff genommen werden, so kommen für die Abstimmung vernünftigerweise nur die Jahre 1981 und 1982 in Frage. Damit ist auch gewährleistet, dass für die Ausarbeitung der Botschaft genügend Zeit zur Verfügung steht.

Zur Information bemerkt Herr Renk, dass in nächster Zeit über die gesamte Aussenpolitik vermehrt informiert werden soll. Die entsprechenden Anstrengungen für den UNO-Beitritt sollen nach und nach verstärkt und mit einer Kampagne abgeschlossen werden, die nicht länger als sechs Monate dauert. Die Haltung der Presse zur UNO-Frage schätzt Herr Renk keineswegs so negativ ein wie Herr Clerc, mindestens was die grösseren Blätter betrifft.

Bundesrat Aubert ist auch der Meinung, dass die Resultate der Volksabstimmung seit 1974 mehrheitlich nicht gerade ermutigend sind. Es gilt aber gleichwohl, mit Vorhersagen vorsichtig zu sein. Der Vorsitzende verweist als Beispiel auf die französischen Wahlen vom Frühjahr 1978, bei denen er trotz anders lautenden Meinungsumfragen nie an einen Sieg der Linken geglaubt habe.

Fräulein von Grünigen präzisiert, die nationalrätliche Formel "im nächstmöglichen geeigneten Zeitpunkt" sei so zu verstehen, dass der Bundesrat diesen festlegen muss, aber nicht mehr beliebig lange warten soll. Was nun die Vorbereitung des UNO-Beitritts durch das EPD betrifft, so benötigen wir eine Arbeitshypothese, die genügend Zeit für die Ausarbeitung der Botschaft vorsieht. Der Bundesrat sollte sich deshalb bei der Erteilung des Auftrags zur Ausarbeitung einer Botschaft auch zum Kalender äussern. Es versteht sich dabei, dass er

das Abstimmungsdatum erst nach der Verabschiedung der Botschaft durch die eidgenössischen Räte definitiv festlegen kann.

Botschafter Weitnauer stellt fest, dass über den Ablauf bis 1980 grundsätzlich Klarheit besteht, vorausgesetzt, dass der Bundesrat sich hinter den UNO-Beitritt stellt und den Auftrag zur Ausarbeitung der Botschaft erteilt. Für die parlamentarische Behandlung der Botschaft sollte frühzeitig überlegt werden, in welchem Zeitpunkt die Kommissionen beizuziehen sind. Als potentielle Helfer für den Beitritt sollten sie früh eingeschaltet und in ihrer Arbeit zeitlich nicht unter Druck gesetzt werden.

Bundesrat Aubert will in der Frage des Abstimmungstermins nicht vorprellen, ohne sicher zu sein, dass der Gesamtbundesrat den UNO-Beitritt voll und ganz unterstützt. Aus diesem Grunde sollen alle Aspekte eingehend abgeklärt werden. Es ist unzweifelhaft, dass wir bei einer Abstimmung im Herbst 1978 mit einem sicheren Nein zum UNO-Beitritt rechnen müssten.

Nach Frau Botschafter Pometta ist eine klare Instruktionserteilung des Bundesrates für die Ausarbeitung der Botschaft unerlässlich. Andernfalls besteht nämlich das Risiko, dass diese mehrmals zurückgewiesen wird. Zudem kann ohne eine eindeutige Absichtserklärung des Bundesrates auch die Informationsarbeit nicht intensiviert werden.

Der Vorsitzende sieht gewisse Schwierigkeiten in der UNO-Beitrittsfrage, weil keine systematische Gegnerschaft da ist (abgesehen von Otto Fischer und Konsorten). Viele sind dafür, viele dagegen, das Gros dürften aber die Unentschiedenen bilden. Von daher stellt sich dann gleich die Frage: soll man nun zuerst die Information verstärken oder durch ein Beschleunigen der Vorlage das Interesse und die Neugier an der Frage wecken (vgl. auch Weltwoche Interview von Bundesrat Aubert, 5. Juli 1978).



Frau Botschafter Pometta glaubt nicht, dass es sinnvoll ist, die Information über den UNO-Beitritt bereits vor den Wahlen 1979 stark zu intensivieren. Nachher sollte aber eine allmähliche Steigerung erfolgen, die dann vor der Abstimmung in eine Kampagne mündet.

Für Botschafter Diez ist die Sache relativ klar: wegen den Wahlen 1979 und 1983 kommen nur die beiden vorgeschlagenen Varianten in Frage. Um einen gewissen Spielraum zu haben, gibt er aber Variante 1 den Vorzug. In der "technischen" Vorbereitung sollte man sich auf sie ausrichten. Gibt es dann unvorhergesehene Einwirkungen innen- oder aussenpolitischer Natur, so kann man dann immer noch auf das Jahr 1982, d.h. Variante 2, ausweichen.

Botschafter Marcuard fragt sich nun, was geschieht, wenn der Bundesrat - wie es Frau Botschafter Pometta vorschlägt - den Auftrag zur Ausarbeitung der Botschaft erteilt: Bleibt dieser Beschluss geheim und wird demzufolge die Botschaft während den Wahlen 1979 ausgearbeitet und anschliessend der Öffentlichkeit vorgestellt, so sieht das dann nicht nach "Schaffung vollendeter Tatsachen" aus, besonders gegenüber dem neugewählten Parlament?

Bundesrat Aubert sieht die Sache eher so, dass das Politische Departement einen Plan für das Vorgehen ausarbeitet und diesen dem Bundesrat in einem Antrag unterbreitet. Der Bundesrat erteilt anschliessend dem EPD den Auftrag zur Ausarbeitung der Botschaft, ohne gegenüber der Presse auf Details einzugehen. Nach der Verabschiedung durch den Bundesrat wäre dann ausführlich über den Inhalt und das weitere Vorgehen zu berichten. - Die Geheimhaltung des Auftrags zur Ausarbeitung der Botschaft ist völlig unrealistisch und zudem auch nicht notwendig, ist es doch auch in anderen Fällen nicht üblich, zu diesem Zeitpunkt auf den Inhalt einzugehen.

Botschafter Bindschedler ruft noch einmal folgende Punkte in Erinnerung: 1. Das Abstimmungsdatum kann erst nach der parlamentarischen Verabschiedung der Botschaft festgelegt werden. Dies verhindert

aber die Erstellung eines provisorischen Zeitplans keineswegs. 2. Vernehmlassungsverfahren (Vnf): Will man diese "Unsitte" auch hier weiterführen? Dies kostet im Minimum ein Jahr. Man kann im Fall des UNO-Beitritts schliesslich auf die aufwendige Arbeit der beratenden Kommission verweisen, bei der man wirklich nicht sagen kann, dass sie einen bedeutenden Faktor der öffentlichen Meinung ausgelassen habe (50 Mitglieder!). Der Bundesrat sollte deshalb bei der Auftragserteilung für die Ausarbeitung der Botschaft beschliessen, kein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen. 3. An Herrn Clerc gerichtet, bestritt Botschafter Bindschedler, dass von einer rein negativen Welle gesprochen werden könne. - Er verweist auf das Beispiel der Brotpreissubvention: Ja, obschon damit neue Lasten verbunden waren. - Es gibt sicher ein gewisses Auf und Ab, aber Schwarz/Weiss Malerei ist nicht angebracht.

Botschafter Hegner plädiert für einen politischen Entscheid des Bundesrates über den UNO-Beitritt, der mit einem Auftrag zur Ausarbeitung der Botschaft ans EPD verbunden ist. Ein solcher Beschluss muss ja nicht zwingend veröffentlicht werden.

Der Vorsitzende greift das Problem der Vernehmlassung auf und macht darauf aufmerksam, dass diese Frage sehr genau zu untersuchen sei.

Frau Botschafter Pometta betont, dass dieses Problem keineswegs vergessen worden sei, aber ein solches Verfahren würde die Sache enorm komplizieren: Welche Kreise wären zu begrüessen, was für Fragen zu stellen, wie die Antworten zu interpretieren? Die Erfahrungen mit der beratenden Kommission waren in dieser Hinsicht wenig ermutigend. Man läuft auch Gefahr, den UNO-Beitritt auf diese Weise unnötig zu dramatisieren, ein Umstand, der sicher nicht in unserem Interesse liegt. Einziger Vorteil eines Vnf wäre der Zwang zur Auseinandersetzung mit der UNO und dem Verhältnis Schweiz - UNO.



Fräulein von Grünigen stellt ergänzend die Frage, was man denn im Falle der Durchführung eines Vnf eigentlich in die Vernehmlassung geben wolle?

Botschafter Marcuard verweist darauf, dass die Kantone bisher noch nie begrüsst wurden: wäre dies nicht wünschbar?

Botschafter Cuendet ist der Meinung, wenn schon ein Vnf, dann sollte dies eigentlich vor Inangriffnahme der Botschaft durchgeführt werden. Gleich wie Fräulein von Grünigen sieht auch er grosse Probleme bezüglich einer allfälligen Fragestellung. Was die Meinung der Kantone betrifft, so wäre sie höchstens im Hinblick auf das Ständemehr von Interesse.

Botschafter Diez betont, dass das Vnf eindeutig für Gesetzgebungsakte da ist. Der UNO-Beitritt hingegen hat etwas Plebiszitäres und tangiert die Neutralität nicht. Ein Vnf impliziert zudem eine gewaltige zeitliche Verzögerung. Die Völkerrechtsdirektion sollte deshalb nach einer überzeugenden Erklärung suchen, um den Unterschied zum Vorgehen bei der Sozialcharta deutlich zu machen.

Botschafter Heimo macht darauf aufmerksam, dass in einem Vnf bei den Kantonen die Antworten höchstens die Meinung der Verwaltung, aber keineswegs die des Volkes wiedergeben würden. Er geht anschliessend auf die Lehren der IDA-Abstimmung von 1976 ein und hält fest: Die Ablehnung des IDA-Kredits ist eine der wenigen Niederlagen im Bereich der Aussenpolitik, die zudem nicht so krass ausfiel, wie dies bei einigen innenpolitischen Vorlagen der letzten Zeit der Fall war. Im weiteren ist zu berücksichtigen, dass die Abstimmungskonstellation (zusammen mit dem Raumplanungsgesetz) nicht besonders günstig war. Die Gegnerschaft von seiten Schwarzenbachs und der privaten Entwicklungshilfekomitees hatte zudem kummulierende Wirkung. Wenn man bei der UNO-Abstimmung dann noch einige Fehler vermeidet, die bei der IDA-Kampagne gemacht wurden, so stehen die Chancen für einen Erfolg sicher nicht so schlecht.

Herr Clerc glaubt nicht, dass die vorgebrachten Argumente und Einwände seine eher pessimistische Einschätzung der Lage wesentlich korrigieren konnten. Dies gilt insbesondere auch für das Parlament (Nationalrat Reiniger ist ein unverbesserlicher Optimist). Zum Vnf meint er, dass bisher in der UNO-Frage alle Kreise, mit Ausnahme der Kantone, berücksichtigt worden seien, aber gerade die Stimme der Kantone sei wichtig (Ständemehr). Zur Informationsfrage meint er, dass die Presse nicht auf Kommando reagieren werde. Broschüren während Jahren verteilen nütze auch nichts, und für die Wahlen von 1979 sei der UNO-Beitritt sicher kein Thema.

Der Vorsitzende dankt Herrn Clerc für seine "gouvernementale" Antwort (leicht ironisch).

Herr de Riedmatten möchte von Herrn Clerc wissen, welche Lösung er denn vorschläge.

Herr Renk entgegnet Herrn Clerc, dass die Parteien eben ermutigt werden sollten, die Aussenpolitik insgesamt in die Wahlen einzubeziehen. Dies entspräche auch der ersten Phase unserer Informationsarbeit. Die zweite käme mit der parlamentarischen Behandlung der UNO-Vorlage und als dritte Phase hätten wir dann die Abstimmungskampagne.

Was die Ausarbeitung der Botschaft anbelangt, so kann dies nicht verschwiegen werden. Eine allgemein gehaltene Mitteilung darüber ist aber nicht mit der Bekanntmachung des Inhalts gleichzusetzen.

Botschafter Brunner wundert sich schon etwas ob dem Pessimismus von Herrn Clerc. Beim Abstimmungsverhalten gab es immer ein gewisses Auf und Ab. Die UNO ist aber eine Frage des Prinzips und sollte deshalb weniger den momentanen Launen der Stimmbürger unterworfen sein. Er teilt jedenfalls den Pessimismus von Herrn Clerc nicht und verweist auch darauf, dass in der UNO-Frage ein politisches Mandat vorliegt. Beim Vnf ist Botschafter Brunner der Ansicht, dass es eine Frage der politischen Opportunität ist: wenn nützlich, ja, sonst nein.



In Beantwortung der Frage von Herrn de Riedmatten meint Herr Clerc, man solle zuerst auf eine positive Stimmung im Parlament warten und dann das weitere Vorgehen festlegen.

Frau Botschafter Pometta macht grundsätzliche Vorbehalte gegenüber einem Vnf geltend. Wie soll zudem ein Problem wie die Neutralität in einem Vnf behandelt werden? Dies kann doch auf seriöse Weise nur in der Botschaft geschehen.

Botschafter Exchaquet schlägt vor, auch den Kanton Genf in die Vorbereitungsarbeiten für den UNO-Beitritt einzubeziehen.

Frau Botschafter Pometta sieht aber nicht, für welche Fragen eine solche Mitwirkung sinnvoll wäre.

Minister Zwahlen hofft auf eine politische Auseinandersetzung in der UNO-Beitrittsfrage, in der klar gemacht werden kann, dass dieser Schritt eine Normalisierung unserer aussenpolitischen Situation bedeutet. Er befürchtet aber, dass die Kampagne eher in Richtung eines Streits über Nebenfragen entgleitet (Kosten, Personalvermehrung usw.). Um die Sachlichkeit zu wahren, wäre wie beim Freihandelsabkommen 1972 ein grosses Engagement der Verwaltung nötig. In Anspielung auf den Wunsch von Botschafter Exchaquet, warnt Minister Zwahlen zudem vor einer Ungleichbehandlung der Kantone.

Fräulein von Grünigen geht auch davon aus, dass der UNO-Beitritt in erster Linie als politische Frage behandelt wird. Sollte das Kostenargument miteinbezogen werden, so wäre das für uns eher günstig, weil der schweizerische Beitrag eher bescheiden ausfällt (0,96 % des UNO-Budgets). Es ist klar, dass nach einem Vollbeitritt mehr Personal benötigt wird, aber dieses Problem sollte sich grösstenteils durch verwaltungsinterne Umbesetzung lösen lassen.

Der von Minister Zwahlen verwendete Begriff der Normalisierung scheint ihr sehr glücklich gewählt: Er impliziert nämlich die Anomalie der heutigen Situation und entdramatisiert gleichzeitig den ange-

strebten Schritt. Eine Kampagne sollte sich auf dieser Linie aufbauen lassen.

Frau Botschafter Pometta ist auch der Meinung, dass die Kosten kein besonders wichtiger Faktor sind. Hingegen sollte man zeigen, welche Beträge durch die UNO, ihre Spezialorganisationen und Konferenzen jährlich in Genf ausgegeben werden. Die Rezession machte auch deutlich, dass die internationalen Organisationen im Wirtschaftsleben Genfs ein Stabilisierungsfaktor von Bedeutung sind. Für Genf mit seinem schwachen Sekundärsektor fällt dies besonders ins Gewicht. Im weiteren sollte dem Volk im Rahmen unserer Aufklärungsarbeit gezeigt werden, wie gross unsere internationale Abhängigkeit heute ist und wie sehr wir aber auch davon profitieren.

Bundesrat Aubert ist auch der Meinung, dass durch ein Inventar der Vor- und Nachteile eindeutig das Uebergewicht der Vorteile belegt werden kann.

Botschafter Hegner kommt noch einmal auf das Problem des Vnf zurück und fragt sich, wo das schlussendlich hinführt, wenn man es auf den völlig ungeeigneten Fall des UNO-Beitritts ausdehnt. Die Anwendung bei der Sozialcharta war ja nur eine politische Verlegenheitslösung und lässt sich bestimmt nicht als Präjudiz anführen. Zur Berücksichtigung der Kantone könnte der Bundesrat einen Brief an sie richten, in dem er in grossen Zügen über das Vorhaben des UNO-Beitritts orientiert.

Botschafter Diez fügt als weitere Möglichkeit die Erwähnung des UNO-Beitritts an der jährlichen Konferenz des Bundesrates mit den Regierungspräsidenten der Kantone hinzu.

Der Vorsitzende schliesst die Sitzung um 18.15 Uhr.



Sitzung vom 24. August 1978, Beginn 09.00 Uhr

Der Vorsitzende fasst einleitend die gestrige Diskussion zusammen: Das Prinzip des UNO-Beitritts ist unbestritten. Die Haltung des Parlaments ist klar. Das weitere Vorgehen besteht in der Ausarbeitung der Beitrittsbotschaft. Dazu müssen wir in einem Antrag an den Bundesrat um einen entsprechenden Auftrag nachsuchen. Bei der Verabschiedung der Botschaft durch den Bundesrat sollte es dann möglich sein, einen Vorschlag für den Kalender bis zur Volksabstimmung zu machen. Der Vorsitzende stellt auch fest, dass Variante 1 mehrheitlich auf Zustimmung gestossen ist, gibt aber zu bedenken, dass Variante 2 mehr Spielraum für die parlamentarische Behandlung lässt. Er erwähnt im weiteren das Vernehmlassungsverfahren (Vnf) und dessen Problematik im Zusammenhang mit dem UNO-Beitritt: aufwendig, zeitraubend, unklar in bezug auf Fragestellung, welche Reaktion, wenn Antworten negativ ausfallen (diese würden publiziert)? Er ist der Meinung, dass mit der Einsetzung der beratenden Kommission ausreichend Gelegenheit bestand, die UNO-Beitrittsfrage in einem weitgefassten Gremium zu behandeln. Zur Einbeziehung der Kantone wären die vorgeschlagenen Verfahren (Brief des Bundesrates, Regierungspräsidenten-Konferenz) noch näher zu prüfen.

Der Vorsitzende beauftragt die Politische Abteilung III und die Völkerrechtsdirektion mit einer genauen Abklärung der Vernehmlassungsfrage (rechtliche Situation, politische Opportunität, Folgen einer negativen Antwort). Um die weiteren Schritte in der UNO-Beitrittsfrage festzulegen (Antrag an den Bundesrat), soll nach Vorliegen des Protokolls der gestrigen und heutigen Diskussion eine neue Sitzung anberaumt werden.

Für die heutige Sitzung schlägt der Vorsitzende vor, sich auf das Problem der Information im Zusammenhang mit dem UNO-Beitritt zu konzentrieren: Wen wollen wir mit welchen Mitteln erreichen? Wer soll die Information an die Hand nehmen? Wie gross soll das Engagement des EPD sein? Wie soll der zeitliche Ablauf aussehen?

Frau Botschafter Pometta erklärt sich bereit, für die nächste Sitzung einen Antragsentwurf an den Bundesrat vorzubereiten.

Der Vorsitzende erklärt sich damit einverstanden.

Minister Zwahlen macht darauf aufmerksam, dass im Rahmen der Arbeiten der beratenden LEO-Kommission die Spitzenverbände nicht als solche, sondern durch Persönlichkeiten aus diesen Kreisen vertreten waren. Sollten deshalb die Kantone begrüsst werden, so müssten auch die Verbände einbezogen werden.

Botschafter Diez sieht genau darin die grundsätzlichen Schwierigkeiten des Vnf: wenn man bei einer Gruppe ja sagt, so kann man nicht bei einer andern nein sagen, und damit sind wir am Schluss wieder bei einem Konsultationsverfahren von enormem Ausmass. Eine Verzögerung des Geschäfts ist in einem solchen Fall unausweichlich, und deshalb muss sein Vorschlag für ein Gespräch Bundesrat - Regierungspräsidenten-Konferenz der Kantone vor allem unter diesem Aspekt gesehen werden. Ein solches würde zudem auch Gelegenheit bieten, die Kantone im Hinblick auf das Ständemehr zu sensibilisieren. Botschafter Diez tritt dafür ein, den Entscheid über die Alternative ob Vnf oder Gespräch mit Regierungspräsidenten-Konferenz dem Bundesrat zu überlassen.

Der Vorsitzende stimmt dem zu, möchte aber, dass die Vor- und Nachteile beider Varianten im Antrag an den Bundesrat klar aufgezeigt werden. Die Verzögerung bei einem Vnf würde weit über ein halbes Jahr betragen. Man müsste in einem solchen Fall aber die internen Vorbereitungsarbeiten trotzdem weiter vorantreiben.

Botschafter Hegner glaubt, dass ein Vnf bei den Verbänden einen Solidarisierungseffekt auf den kleinsten gemeinsamen Nenner ergeben würde. Dies und die Frage der Auswertung zeigt eindeutig, wie riskant ein breitangelegtes Vnf ist.



Botschafter Heimo ist der Meinung, dass die Vor- und Nachteile eines Vnf ausgiebig erwogen wurden und an der nächsten Sitzung ein Entscheid über die Haltung des EPD in dieser Sache gefällt werden sollte.

Bundesrat Aubert: gehen wir über zum Informationsproblem.

Botschafter Marcuard kommt in diesem Zusammenhang auf die Botschaft zu sprechen und fragt sich, ob man nicht schon zu Beginn eine populäre Ausgabe der Botschaft ins Auge fassen sollte, die an ein breites Publikum verteilt werden könnte (z.B. über die "Arbeitsgemeinschaft Schweiz - UNO"). Er tritt aus diesem Grunde auch eher für eine kurze Botschaft mit folgenden Kapiteln ein:

1. Entwicklung der internationalen Beziehungen, steigende Interdependenz und damit Zunahme der Bedeutung der internationalen Organisationen, d.h. insbesondere der UNO.
2. Warum heute beitreten? Sachliche und geographische Universalität der UNO, traditionelle Präsenz der Schweiz in internationalen Gremien, Notwendigkeit der Partizipation für die kleineren Länder zur Geltendmachung ihrer Interessen.
3. Neutralität: Wahrung der Neutralität in der UNO, Folgen für IKRK, verbesserte Aktionsmöglichkeiten der Schweiz in der UNO (Gute Dienste).
4. Die Schweiz in der UNO: Stimmregeln in der UNO, Kosten der Mitgliedschaft und Personalverstärkung.

Frau Botschafter Pometta ist mit diesem Vorschlag im grossen und ganzen einverstanden, regt aber noch ein Kapitel über die Konsequenzen eines Ja bzw. Neins in der Volksabstimmung an. Es versteht sich auch, dass dem Kapitel über die Neutralität besondere Bedeutung zukommt.

Der Vorsitzende ist mit den gemachten Vorschlägen einverstanden.

Fräulein von Grünigen ist im ganzen einverstanden mit den von Botschafter Marcuard vorgeschlagenen Themen, die in der Botschaft behandelt werden sollten. Allerdings müsste diese Liste ergänzt werden durch ein Kapitel über die Vor- und Nachteile des UNO-Beitritts. Ob wir diese "Kosten-Nutzen Rechnung" lieben oder nicht, wir werden aus politischen Gründen nicht darum herum kommen, sie aufzustellen. Bei allen Diskussionen mit dem Publikum wird sie immer wieder gefordert. Sie erinnerte auch an den - allerdings abgelehnten - Antrag Fischer/Weinfeld im Nationalrat, der eine Aufstellung der Vor- und Nachteile forderte, bevor eine Botschaft ausgearbeitet würde.

Botschafter Heimo regt an, der Botschaft einen zukunftsgerichteten Ansatz zu geben. Das vorgeschlagene Kapitel 2 (Warum heute beitreten?) zwingt zur Auseinandersetzung mit den modernen Formen der internationalen politischen Zusammenarbeit, die sich seit Anfang der siebziger Jahre stark gewandelt haben. Das sich abzeichnende System multipolarer Problemregelung zwingt zur Anpassung bisheriger Verhaltensweisen in der aussenpolitischen Interessenwahrung, und dies gilt sowohl für den wirtschaftlichen wie den politischen Bereich. Zur erfolgreichen Bewältigung der komplexen Zukunftsaufgaben dürfte die UNO, trotz ihrer unbestreitbaren Mängel, eines der wichtigsten Instrumente sein.

Botschafter Martin ist der Ansicht, dass die Botschaft die Basis unserer Informationsarbeit bilden wird. Deshalb sollte der Bundesrat durch einen klaren und detaillierten Antrag dazu gebracht werden, dass wir über ein ausreichendes und gut abgestütztes Mandat für unsere weitere Arbeit verfügen.

Herr Stettler kommt auf die Frage einer Kosten-Nutzen Analyse zurück und macht darauf aufmerksam, dass wir eine solche Aufstellung für die anstehende politische Auseinandersetzung benötigen. Dabei kann es nicht darum gehen, auf Franken und Rappen die Vor- und Nachteile eines UNO-Beitritts gegeneinander aufzurechnen; es können und sollen auch ideelle Momente einbezogen werden, gemäss unseren aussenpolitischen Maximen. Insgesamt kann aber kein Zweifel bestehen, dass das Interesse am politischen Vorhaben bei einem Grossteil der Bevölkerung nur mit konkreten und anschaulichen Fakten und Beispielen geweckt werden kann. Für unsere Informationsarbeit und insbesondere die Kampagne ist dieser Umstand von entscheidender Bedeutung.

Botschafter Bindschedler ist mit den Ausführungen von Botschafter Marcuard über die Gestaltung der Botschaft nicht ganz einverstanden.



den. Seiner Ansicht nach müssen in der Botschaft alle sich im Zusammenhang mit dem UNO-Beitritt stellenden Probleme ausführlich behandelt werden, und dies ist gleichbedeutend mit einer langen Botschaft. Schliesslich handelt es sich bei unserem Vorhaben um eine grundsätzliche Wende in der schweizerischen Aussenpolitik! Der Ton muss sachlich und nüchtern sein, hochtrabende Ausführungen über die völkerverbindende Rolle der UNO sind zu vermeiden. Die Situation von heute ist total verschieden vom seinerzeitigen Völkerbundsbeitritt nach dem Ersten Weltkrieg: die Völkergemeinschaft unserer Zeit weist anarchische Züge auf und eine Grosszahl ihrer Mitglieder ist in erster Linie auf die Wahrung und Ausweitung von Machtpositionen bedacht. Aus diesem Grunde sollte in der Botschaft eine nüchtern realistische Linie eingehalten werden. Es wäre auch günstig, wenn ein Verfasser die Redaktionsarbeit übernähme, damit die stilistische Einheit gewahrt wird (Warnung vor Stückwerk). Zur Information vertritt Botschafter Bindschedler die Auffassung, dass die Botschaft erst nach Verabschiedung durch den Bundesrat als Basis für die Informationsarbeit dienen kann.

Für die Gestaltung der Botschaft macht er noch folgende Anregungen:

- Bisherige Integration ins UNO-System nicht zu stark hervorheben, da dies die Frage provoziert: Ist denn der jetzige Zustand für unsere Bedürfnisse nicht ausreichend?
- Könnte man nicht von Vor- und Nachteilen sprechen, anstatt von Kosten-Nutzen-Rechnung, ein Begriff, der schliesslich aus der Betriebswirtschaft stammt?
- Beitrag an die UNO ist unbedeutend, hingegen sollte man den Personalfaktor nicht unterschätzen: wir benötigen im Falle eines Beitritts mehr Personal, darüber kann kein Zweifel bestehen.

Minister Zwahlen ist auch für eine nüchtern gehaltene Botschaft. Hingegen findet er eine zu starke Betonung des Polizentrismus nicht empfehlenswert, sei doch heute eine teilweise Rückkehr zum Bilateralismus und regionalen Systemen erkennbar. Für den Kleinstaat stellt sich auch die Frage, ob er überall dabei sein muss oder nicht eher

dort, wo es eigene Interessen zu verteidigen gilt. Zur Informationsproblematik meint er, es sei schwierig, Nachteile des weiteren Abseitsstehens auf verständliche Art und Weise aufzuzeigen, dazu müssten sie schon fast krisenhafte Formen annehmen. Der Begriff der "Normalisierung" hat dagegen den Vorteil, dass man damit nicht zu grosse Erwartungen weckt. Zum Vorschlag von Frau Botschafter Pometta, die - nicht so gravierenden - Folgen eines Neins in der Botschaft darzustellen, findet Minister Zwahlen sehr riskant. Dadurch wird nachgerade Frage provoziert: Warum dann beitreten? Bei der Personalfrage sollte man zugeben, dass mehr Mitarbeiter benötigt werden (Möglichkeiten interner Umbesetzungen nicht überschätzen).

Botschafter Diez ist auch der Auffassung, dass wir mit einer langen Botschaft rechnen müssen. Er verweist auf den grundsätzlich anderen Charakter, den eine Botschaft gegenüber den drei UNO-Berichten aufweisen wird: Der 1. Bericht war ganz auf einen Beitritt angelegt und behandelte auch die Neutralitätsfrage sehr eingehend, aber in den Schlussfolgerungen kam die kalte Dusche. Beim 2. Bericht handelte es sich um einen Uebergangsbericht. Der 3. Bericht war wiederum auf eine Beitrittsempfehlung angelegt, aber Bundesrat Graber sah keine Möglichkeit zur politischen Realisierung des Vorhabens. Aus diesem Grund ist die Neutralitätsfrage nur sehr summarisch behandelt worden. Bei der Botschaft geht es nun aber um den "Ernstfall", und es gilt deshalb alle sich stellenden Probleme eingehend zu beleuchten.

Das Aufzeigen der Vor- und Nachteile ist unbedingt erforderlich. Man sollte auch die Bedeutung des UNO-Beitritts für unsere Sicherheitspolitik zur Darstellung bringen (kriegsverhindernde Rolle des Sicherheitsrates). Die UNO kann im übrigen auch mit einem Quartierverein verglichen werden: die Vorfälle und Ereignisse sind nicht immer angenehm, aber im Interesse eines einigermassen friedlichen und ordentlichen Zusammenlebens ist eine Mitgliedschaft unerlässlich. Unsere Aussenbeziehungen leiden heute an grosser Einseitigkeit: starkes bilaterales Bein, schwaches multilaterales Bein, deshalb Notwendigkeit des Ausgleichs und der Normalisierung. Für die Gestaltung der Botschaft macht Botschafter Diez noch folgende Anregungen:



- Kommentar zur UNO-Charta;
- insgesamt politische Botschaft, für Sachfragen Verweis auf UNO-Berichte;
- Kurzfassung der Botschaft erst nach der Behandlung in den eidgenössischen Räten.

Botschafter Brunner macht folgende Anmerkungen:

1. Folgen eines Neins nicht ausmalen: könnte als Versuch der Druckausübung verstanden werden.
2. Vor- und Nachteile eines Beitritts wichtig, aber Vorsicht wegen möglicher Zweideutigkeit bei der Interpretation: was für den einen ein Vorteil, ist für den andern ein krasser Nachteil (z.B. internationale Präsenz der Schweiz).
3. Zustimmung zum Begriff des Quartiervereins von Botschafter Diez: aus dem Zusammenleben ergeben sich zwangsläufig viele negative Erlebnisse, aber man muss dabei sein, wenn man nicht zum isolierten Aussenseiter werden will.
4. Personal: Revirement unter Einbezug aller interessierten Departemente sollte zur Befriedigung der Personalbedürfnisse ausreichen.
5. Vorschlag für Botschaft: Ein Kapitel über die Frage: "In die UNO um was zu tun?". Darin sollten wir klar machen, dass es nicht unsere Absicht ist, nach New York zu gehen, um mit den Wölfen zu heulen. Vielmehr gilt es zu zeigen, welches unsere grossen Anliegen sind und wie wir sie zu vertreten gedenken. Botschafter Brunner betont auch, dass wir uns bei der Informationsarbeit vor allem an die Unentschiedenen wenden sollten.

Botschafter Martin ist der Meinung, der beste Weg sei die Darlegung von Vor- und Nachteilen eines Beitritts in aller Offenheit; dies besonders auch gegenüber dem Bundesrat. Das Problem der Personalverstärkung sollte nicht überschätzt werden, aber es besteht kein Zweifel, dass bei einem UNO-Beitritt neben dem Politischen auch andere Departemente mitbetroffen sein werden.

Frau Botschafter Pometta ist auch für eine sachliche Darstellung der UNO. Im Gegensatz zu Minister Zwahlen glaubt sie, dass das Volk auch die grossen Linien der heutigen Problematik begreift und nicht nur auf kleinliche materielle Argumente anspricht. Sie ist auch überzeugt, dass keine Abschwächung der internationalen Beziehungen feststellbar ist. Im Gegenteil, die Interdependenz nimmt immer noch zu.

Bezüglich eines allfälligen Neins geht es eigentlich nur darum zu zeigen, dass dies keine katastrophalen Folgen hat. Diese sollten deshalb eher minimiert werden, damit man uns nicht unnötige Angstmacherei vorwerfen kann.

Botschafter Marcuard stellt fest, dass die Politische Abteilung III grosse Aufgaben vor sich hat. Er regt an, ob man den eigentlichen Text der Botschaft nicht doch kurz halten könnte, um dann im Anhang ins Detail zu gehen. Ein populäres Resumé scheint unverändert notwendig. Die Darstellung der Vor- und Nachteile gehört seiner Ansicht nach eher in eine Broschüre, die zudem über den Kreis der Schulen hinaus verteilt werden sollte.

Für Botschafter Cuendet besteht kein Zweifel, dass besonders bei einer ausführlichen und langen Botschaft eine zusammenfassende Darstellung nötig ist. Man könnte in Zusammenhang mit dem UNO-Beitritt auch wissenschaftliche Artikel anregen, die ein anderes Zielpublikum erreichen würden. Bei der Aufzählung der Vor- und Nachteile sollte man von irgendwelchem Jammern Abstand nehmen. Eine Idealisierung der UNO ist zu vermeiden, dagegen sollte dem Schweizer ein Gefühl der Wichtigkeit bezüglich unseres Mitwirkens in der UNO vermittelt werden.

Herr Clerc verweist auf den Antrag Fischer-Weinfeld anlässlich der Beratung des 3. UNO-Berichts im Nationalrat und ist deshalb für eine Behandlung der Vor- und Nachteile in der Botschaft. Im Gegensatz zu Frau Botschafter Pometta würde Herr Clerc die Folgen eines allfälligen Neins nicht in die Botschaft einbeziehen, in der Jura-Vorlage wurde schliesslich trotz der politischen Brisanz eines Neins auch darauf verzichtet.



Frau Botschafter Pometta: Die Folgen eines Neins waren in der Völkerbundsbotschaft von 1919 auch enthalten.

Zur Personalfrage meint Botschafter Marcuard, der Zuwachs an den Aussenposten dürfte eher bescheiden sein, hingegen sei an der Zentrale eine substantielle Verstärkung nicht zu umgehen. Er geht generell nicht einig mit der bundesrätlichen Politik, die davon ausgeht, man könne ständig mehr Aufgaben mit einem gleichbleibenden Personalbestand bewältigen.

Der Vorsitzende schlägt vor, die noch verbleibende Zeit auf die Behandlung von Punkt 4 der Tagesordnung "Politique d'information" zu verwenden. Welche Arbeit ist durch wen beim EPD zu machen? Welche Rolle kommt externen Organisationen wie der "Arbeitsgemeinschaft Schweiz - UNO" und einem später zu bildenden Aktionskomitee zu? Welche Konsequenzen haben die einzelnen Lösungen?

Botschafter Diez äussert sich zu den Informationsmöglichkeiten des EPD. Er zweifelt am Wert von Broschüren. Es gibt schon viele, aber werden sie auch gelesen? Der Versuch mit der Anregung eines kritischen und gut lesbaren Buches nach dem 1. UNO-Bericht ist nicht besonders ermutigend ausgefallen: die Schrift von Prof. Haug war zu konventionell und praktisch identisch mit dem 1. UNO-Bericht. Der Grund: man wollte der offiziellen Politik nicht in die Quere kommen.

Um bei der Botschaft ein Ganzes zu schaffen und die Einheitlichkeit zu wahren, schlägt Botschafter Diez vor, für die deutsche und die französische Version je einen verantwortlichen Redaktor zu bezeichnen. Damit hätten wir am Schluss zwei gut redigierte Texte und nicht das manchmal etwas mühsame Puzzle von Uebersetzungen.

Botschafter Hegner bezieht sich auf die Vorschläge der Politischen Abteilung III (vgl. Sitzungsunterlagen) und begrüsst die Einsetzung einer departementsinternen Arbeitsgruppe für Information, die regelmässig tagen sollte. Er regt im weiteren an, die Kaderbildung für die Kampagne schon in einem frühen Zeitpunkt an die Hand zu neh-

men. Sehr wesentlich ist auch eine Pulsnahme der Stimmung in der Oeffentlichkeit, und zwar bei möglichst vielen Gruppen. Die Information gegen innen ist vorerst eine der wichtigsten Aufgaben. Gegen aussen sollte man sich vor einer zu engen Zusammenarbeit mit den professionellen UNO-Anhängern unter den Journalisten hüten (Typ Stranner), besser wäre eine Kontaktnahme mit den Chefredaktoren.

Botschafter Weitnauer war vom Echo, das der 3. UNO-Bericht in der Oeffentlichkeit erzielte, sehr beeindruckt und glaubt, dass die Botschaft noch eine breitere Publizität finden wird. Was die vorgeschlagene Arbeitsgruppe für Information des EPD betrifft, so scheint es ihm unerlässlich, dass diese von einem Mitarbeiter geleitet wird, der über ausreichend Zeit verfügt und der in der Vorphase der Abstimmung sogar ausschliesslich für diese Aufgabe eingesetzt wird.

Wir sollten darauf hin arbeiten, dass sich in der Kampagne die ganze "Politikerklasse" (Bundesräte und Parlamentarier) aktiv engagiert. In der UNO-Frage dürften für uns vor allem die "Bekehrten" sehr wertvoll sein, da sie am glaubwürdigsten darlegen können, warum sie ihre jetzige Position eingenommen haben. Auch die Wirtschaftskreise sind zu kontaktieren. Man sollte sich an den Vorort, Banken und Industrie wenden und den UNO-Beitritt einmal gründlich ausdiskutieren. Schliesslich stellt sich die Frage des Engagements der Verwaltung: Botschafter Weitnauer hält dazu eindeutig fest, dass wir keine neutra sind und die Sache mutig vertreten sollten. Wir haben unseren Beitrag zu leisten, und der besteht vor allem in der Vermittlung von Sachinformationen über unsere Aussenpolitik, die UNO und das Verhältnis Schweiz - UNO.

Botschafter Heimo ist für die Einsetzung der vorgeschlagenen Arbeitsgruppe und den Beizug von Spezialisten (Verweis auf das Referat von Prof. Daniel Frei vor der "Arbeitsgruppe Historische Standortbestimmung": Aussenpolitik und Oeffentlichkeit, November 1977). Im Gegensatz zur Kampagne über den IDA-Kredit sollte man vermehrt Chefredaktoren und Ressortleiter kontaktieren, da diese bestimmen, was in



der Zeitung erscheint. In Anlehnung an die Nachanalyse von Prof. Peter Gilg über die IDA-Abstimmung regt Botschafter Heimo an, eine Studie über die Motivationen in der UNO-Beitrittsfrage in Auftrag zu geben. Dies würde uns erlauben, die Information nuancierter zu gestalten und allfällige Sättigungserscheinungen frühzeitig zu erkennen.

Minister Zwahlen ist mit den Vorschlägen der Politischen Abteilung III einverstanden und verweist auf die Erfahrungen der Handelsabteilung und des Integrationsbüros mit dem FHA von 1972 (Risiko eines zu grossen Engagements der Verwaltung). Für die Informationsarbeit im Zusammenhang mit dem UNO-Beitritt sollte die Führung bei der Politischen Abteilung III bleiben, das schliesst jedoch die Mitarbeit anderer Dienste keineswegs aus. Die vorläufigen Informationsanstrengungen sollten eher diskreter Natur sein, hingegen ist die Teilnahme an Veranstaltungen verschiedenen Typs sicher empfehlenswert. Wie Botschafter Hegner bereits ausgeführt hat, ist bei gewissen Journalistenkreisen eher Vorsicht geboten, wenn man nicht in den Geruch der Sektiererei geraten will. Für die Kampagne würde sich die Suche nach einem "Eckenstein" seiner Ansicht nach empfehlen (Frage: Angehöriger der Verwaltung oder Mann von aussen).<sup>3)</sup> Dabei müsste es sich auf jeden Fall um einen Deutschschweizer handeln.

Herr Renk begrüsst die gemachten Vorschläge und lobt die seriöse Vorarbeit der Politischen Abteilung III. Er tritt dafür ein, bereits heute die Einsetzung einer Arbeitsgruppe für Informationsfragen zu beschliessen, die dann relativ rasch zu wesentlichen Punkten Vorschläge unterbreiten könnte (Zusammenarbeit mit "Arbeitsgemeinschaft Schweiz - UNO", Meinungsumfragen, Massnahmen für die nähere Zukunft usw.). Die Gruppe würde unter der Leitung der Politischen Abteilung III stehen und wäre mit je einem Vertreter des FWD, der DEH, des Integrationsbüros sowie dem Informations- und Pressedienst zu ergänzen.

---

3) Anspielung auf die Rolle von Christoph Eckenstein als Informationsbeauftragter des Bundesrates für das Freihandelsabkommen mit der EWG von 1972 (Anmerkung des Protokollführers).

Der Vorsitzende wünscht möglichst rasch über das Sitzungsprotokoll verfügen zu können, damit bei der Information die erforderlichen Entscheide getroffen werden können. Was die Mitarbeit des FWD in der Arbeitsgruppe Information betrifft, so glaubt er, dass der Dienst von Minister Zwahlen bereits ausgelastet ist.

Botschafter Weitnauer greift seine Idee zur Kontaktaufnahme mit Wirtschaftskreisen auf und offeriert, mit dem Vorort das Gespräch über den UNO-Beitritt aufzunehmen (Bundesrat Aubert ist damit einverstanden).

Frau Botschafter Pometta bittet um die Erlaubnis, mit den interessierten Diensten der Verwaltung gewisse Fragen zur Ausarbeitung des Antrags an den Bundesrat abklären zu dürfen.

Im weiteren stellt sie im Hinblick auf das Kolloquium der "Arbeitsgemeinschaft Schweiz - UNO" vom 8. September 1978 die Frage, ob man davon sprechen kann, dass das EPD einen Antrag an den Bundesrat zur Ausarbeitung einer Botschaft für den UNO-Beitritt richten wird? Soll die Frage der Informationskommission gemäss 3. UNO-Bericht im Antrag behandelt werden? Bezüglich dem Engagement von externen Persönlichkeiten für die Information sollte man den Eindruck vermeiden, das EPD wolle den Bundesrat unter Druck setzen. Bei der Zusammenarbeit mit der "Arbeitsgemeinschaft Schweiz - UNO" ist darauf zu achten, dass ihre Selbständigkeit gewahrt bleibt.

Der Vorsitzende stimmt der Auffassung von Frau Botschafter Pometta bezüglich der Stellung der Arbeitsgemeinschaft zu.

Herr Renk ist für eine klare Trennung zwischen offiziellen Aktionen des EPD und der Tätigkeit externer Gruppen und Kreise. Zur "Arbeitsgemeinschaft Schweiz - UNO" findet er, dass ihre Nützlichkeit nicht unterschätzt werden sollte, besonders wenn sie sich in ihrer Zusammensetzung noch etwas wandeln sollte. Was die eigenen Möglichkeiten der Informationstätigkeit betrifft, so reichen diese nach Herrn Renk



sehr weit, besonders im Bereich der Anregung und Vermittlung. Bezüglich der Stellung eines allfälligen Informationsbeauftragten ist er gegen Mischformen: entweder externe Persönlichkeit oder Beamter, der Beamter bleibt. Ein subtiles Vorgehen in der UNO-Frage ist im Interesse der Sache von eminenter Wichtigkeit.

Botschafter Marcuard misst dem Aussehen der vom EPD zu redigierenden Broschüren grosse Bedeutung bei. Damit sind wir bereits beim Problem des Informationsbudgets angelangt. Auch wenn man sich an einen bescheidenen Rahmen hält, ist es nicht möglich, anspruchsvolle Informationsmittel zu gestalten, ohne über einen ausreichenden Kredit zu verfügen. Der Beizug von PR-Agenturen wäre mindestens für Beraterzwecke erforderlich. Im weiteren wären eine Liste mit Vortragsrednern zu erstellen, Kontakte mit Gewerkschaften und Frauenvereinigungen zu knüpfen und die Vortragsmöglichkeiten im Rahmen der Armee zu prüfen. Die Situation der Diplomaten in New York sollte nicht in den Vordergrund gerückt, sondern eher der heutige Status der Beobachter betont werden.

Herr Renk erwähnt, dass nach dem Vortrag von Bundesrat Aubert in Lausanne vom 9. Juni 1978 verschiedene Angebote aus dem Kreise der PR-Fachleute kamen, die für die UNO-Frage ihre Mithilfe anboten. Bezüglich der Information im Militärdienst, betont Herr Renk seine positiven Erfahrungen. Man sollte nicht nur Schulen, sondern auch Wiederholungskurse einbeziehen. Für Zeitungsjournalisten steht noch in diesem Jahr ein Besuch in New York auf dem Programm (Beobachtermission/UNO).

Frau Botschafter Pometta stellt fest, dass der jetzige Informationskredit der Politischen Abteilung III zu klein ist. Sie tritt für eine bescheidene Erhöhung im nächsten Jahr ein: Anhebung auf den Betrag vor der Kürzung (Fr. 100'000.--). Im übrigen ist sie der Meinung, dass auch einfach gestaltete Broschüren gelesen würden. Gleich wie Botschafter Marcuard befürwortet auch sie eine enge Zusammenarbeit mit

der Handelsabteilung. Den Beizug von PR-Agenturen betrachtet sie eher mit Zurückhaltung, weil wir es beim UNO-Beitritt mit einem stark politisierten Problem zu tun haben. Sie erwähnt auch das Projekt von Ständerat Odilo Guntern, mit der auswärtigen Kommission des Ständerates nach New York zu reisen und fragt sich, ob man für die Kommission des Nationalrates etwas Entsprechendes anregen sollte.

Der Vorsitzende meint, es wäre möglicherweise besser, Otto Fischer nach New York zu schicken.

Herr Stettler äussert sich zur Frage der für die Information erforderlichen Finanzmittel. Er geht davon aus, dass viele Vorhaben durch uns angeregt werden können, ohne dass die zum Teil sehr hohen Kosten (Fernsehsendungen, Tonbildschauen, aufwendig recherchierte Grundsatzartikel usw.) beim EPD anfallen. Gleichwohl gilt es nun zu beachten, dass gewisse Informationsmittel (Broschüren, Faltprospekte, Unterlagen und Anschauungsmaterial für Vorträge) und allfällige Meinungsumfragen durch das EPD zu finanzieren sind. Angesichts des Umstandes, dass das schweizerische Publikum an einen sehr hohen Standard der Graphik gewöhnt ist, ergibt sich für uns das Erfordernis einer zeitgemässen Präsentation unserer Informationsmittel, und dies wiederum bedingt einen gewissen Spielraum beim Informationskredit. Es versteht sich von selbst, dass eine Steigerung mit dem Näherrücken des Abstimmungsdatums einhergehen soll. Man darf auch nicht vergessen, dass heute im Durchschnitt beträchtliche Mittel für Abstimmungskämpfe eingesetzt werden.

Der Vorsitzende betont, für die UNO-Vorlage sei nicht nur die Mitwirkung der Handelsabteilung, sondern diejenige aller Departamente und Bundesräte erforderlich.

Frau Botschafter Pometta stellt den formellen Antrag zur Erhöhung des Informationskredites der Politischen Abteilung III auf Fr. 100'000.-- (Bundesrat Aubert ist einverstanden, Antrag für eine der



der nächsten Bundesratssitzungen vorbereiten).<sup>4)</sup>

Botschafter Exchaquet betont die Wünschbarkeit der Aktionseinheit der Bundesratsparteien.

Botschafter Bindschedler hat Vorbehalte gegenüber dem Beizug von PR-Agenturen, den Parlamentariern-Reisen nach New York und der Benützung des Truppenaufklärungsdienstes (TID) für die UNO-Aufklärung. Eine Teilnahme an Diskussionen auf Einladung hin ist sicher erwünscht, aber die Armee darf nicht zum Forum für Abstimmungskämpfe gemacht werden.

Herr de Riedmatten findet, wir sollten grosse Sorgfalt darauf verwenden, das richtige Mass für die Information zu finden.

Der Vorsitzende gibt zu bedenken, dass die Aktionen des EPD steuerbar sind, die Medien dagegen könnten völlig frei agieren.

Herr Renk glaubt, dass Meinungsumfragen gerade als Kontrollinstrument für das Problem der Sättigung sehr nützlich sind.

Botschafter Diez geht davon aus, dass unsere Mittel auch für die Kampagne relativ beschränkt sein werden. Der Bundesrat kann ja nicht eine ganze Kampagne finanzieren. Zudem sind die Erfahrungen mit teuren PR-Agenturen auch nicht immer positiv (Hinweis auf die Arbeiten des Büros Farner für das EMD).

Botschafter Cuendet sieht eine Teilnahme an Veranstaltungen im Rahmen von militärischen Schulen und Kursen nicht im Sinn eines Propagandafeldzuges, sondern als einen Beitrag von Staatsbürgern mit einem besonderen Sachwissen. Im übrigen gilt es, auch regionale Opinion Leaders, die Frauenpresse und die Kirchen anzusprechen.

---

4) Anmerkung des Protokollführers: Eingabefrist für ordentliche Aufnahme ins Budget 1979 bereits abgelaufen.

Botschafter Heimo betont noch einmal ganz deutlich, dass die Behörden die Pflicht haben, die Öffentlichkeit über Vorhaben zu informieren, zu der sie sich an der Urne zu äussern haben wird. Und um diesen Auftrag erfüllen zu können, sind minimale Mittel erforderlich. Der sachgerechte Einsatz, unter Berücksichtigung des jeweiligen Publikums, ist dann fast eine Selbstverständlichkeit. Die in früheren Abstimmungskämpfen aufgetischten Vorwürfe Schwarzenbachs sind nicht stichhaltig, sondern waren in aller Regel Teil seines politischen Kampfes. Wenn man davon ausgeht, dass der Einsatz für eine Vorlage zu unseren Pflichten gehört, so soll man auch dazu stehen und nicht als unschuldiges Neutrum erscheinen wollen.

Der Vorsitzende fasst das weitere Vorgehen abschliessend wie folgt zusammen:

- Die Bildung der internen Arbeitsgruppe für Information soll in engem Kontakt zwischen der Politischen Abteilung III und dem Informations- und Pressedienst erfolgen.
- Der Informationskredit soll auf die frühere Summe von Fr. 100'000.-- angehoben werden (Auftrag an Politische Abteilung III zur Abklärung der Einzelheiten).
- Die Politische Abteilung III soll den Entwurf eines Antrags an den Bundesrat vorbereiten, in dem um ein Mandat zur Ausarbeitung der UNO-Beitrittsbotschaft nachgesucht wird.
- Auftauchende Fragen und Probleme im Zusammenhang mit dem weiteren Vorgehen in der UNO-Frage können auch an den wöchentlichen Sitzungen vorgebracht werden.

Schluss der Sitzung um 12.00 Uhr.

Bern, 27. September 1978

Der Protokollführer:

*B. Stettler*

B. Stettler

Verteiler : vgl. Liste der Teilnehmer